

Antrag A6

Antragssteller*in: Bezirksvorstand DIE LINKE Neukölln, Bezirksvorstand DIE LINKE Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Die LINKE Berlin sagt Nein zu Demonstrationsverboten, Nein zu An-**
2 **tisemitismus und Nein zu Rassismus!**

3 Wir verurteilen den Brandanschlag auf die jüdische Gemeinde Kahal Adass Jisroel und andere
4 antisemitische Übergriffe und Drohungen. Jüdinnen und Juden müssen in Berlin sicher leben
5 können. Antisemitismus, Rassismus und jedwede Form von gruppenbezogener Menschen-
6 feindlichkeit hat in Berlin nichts verloren. DIE LINKE. Berlin stellt sich daher selbstverständlich
7 auch gegen die - die Ausschreitungen der Polizei begleitende - rassistische Kampagne rechter
8 Parteien von AfD über CDU, FDP bis hin zur SPD, in der Antisemitismus als ein „importiertes“
9 Problem umgedeutet wird.

10 DIE LINKE. Berlin lehnt die derzeitigen, gewaltsam durch die Berliner Polizei durchgesetzten
11 Versammlungsverbote von Protesten in Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Gaza ab und
12 verteidigt das grundgesetzlich und in der Verfassung von Berlin garantierte Recht auf Ver-
13 sammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit - ohne Wenn und Aber! Auch die pauschalen Verbote
14 palästinensischer Symbole in Berliner Schulen stellen einen Angriff auf die Meinungsfreiheit
15 dar. Wir fordern den Berliner Senat auf, diese Angriffe auf diese bürgerlichen Freiheitsrechte
16 unverzüglich einzustellen.

17 DIE LINKE. Berlin verurteilt die Polizeigewalt gegen Demonstrant*innen und die Übergriffe der
18 Polizei auf Personen, die palästinensische Symbole am Körper tragen. DIE LINKE. Berlin ver-
19 urteilt das „racial profiling“ der Polizei im Zuge der Demonstrationsverbote, die gezielt musli-
20 misch oder arabisch gelesene Menschen oder Personen, die palästinensische Symbole am
21 Körper tragen, treffen.

22 Begründung:

23 Die Berliner Polizei verbietet derzeit Demonstrationen in Solidarität mit der Zivilbevölkerung in
24 Gaza und setzt dies gewaltsam durch. Während das Grundgesetz Versammlungen als „Deut-
25 schenrecht“ normiert („Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis
26 friedlich und ohne Waffen zu versammeln“, Art. 5 Absatz 1 GG) schützt die Verfassung von
27 Berlin ausdrücklich das Versammlungsrecht aller Menschen in Berlin („Alle Männer und
28 Frauen haben das Recht, sich zu gesetzlich zulässigen Zwecken friedlich und unbewaffnet zu
29 versammeln“, Art. 26 Absatz 1 VvB) und müssen verteidigt werden. Ebenso müssen wir die
30 pauschalen Verbote palästinensischer Symbole in Berliner Schulen als Angriff auf die Mei-
31 nungsfreiheit klar und deutlich ablehnen. In den Schulen müsste jetzt der Raum sein, über den
32 Konflikt im Nahen Osten zu sprechen und pädagogisch auf die Schüler*innen einzuwirken,
33 statt mit Verboten und Gesinnungsprüfung die Schüler*innen einzuschränken.

34 Es ist die Pflicht unserer Partei, diese Angriffe auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit
35 klar und deutlich zu verurteilen. DIE LINKE. und all ihre Mandats- und Mandatsträger*innen
36 müssen sich unmissverständlich und ohne Wenn und Aber gegen diese Angriffe auf die bür-
37 gerlichen Freiheiten stellen.